Die Vorarlberger Armutskonferenz

Initiative gegen Armut und soziale Ausgrenzung

P r e s s e a u s s e n d u n g

Bundesregierung sorgt sich um die Maus und sieht den Elefanten nicht!

Das neue Sozialhilfegesetz kann man den Hasen geben

Von Fehlinterpretationen, die jeder vernünftigen Grundlage entbehrten und nur der Verunsicherung der Bevölkerung dienten, sprach Bundessozialministerin Hartinger-Klein nach ihrem Treffen mit den Soziallandesräten. „Fehlinterpretationen sind bei diesem Gesetz auch kein Wunder", kommentiert der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz Michael Diettrich diese Aussage der Ministerin und ergänzt: „Dieses Gesetz ist derart dilettantisch gemacht, dass selbst Beamte in der Sozialverwaltung Schwierigkeiten haben, es zu verstehen. Ein Gesetz, das schon bei den für die Ausführung verantwortlichen Landesräten zu Fehlinterpretationen führt, kann man den Hasen geben!"

Auch das dumme Geschwätz über MindestsicherungsbezieherInnen, die zu viel Geld bekommen, wird langsam unerträglich. Alle Mindestsicherungssätze in ganz Österreich liegen bereits heute unter der Armutsgefährdungsschwelle – ganz gleich, wie viel Kinder sie haben. Und sie werden mit der neuen Sozialhilfe noch weiter darunter liegen. „Es ist richtig, dass auch manch Erwerbstätiger nicht viel mehr verdient. Aber das ist der eigentliche Skandal, den man nicht dadurch beseitigt, dass man die Sozialhilfe kürzt", so Diettrich. Nicht umsonst hat sogar die OECD darauf hingewiesen, dass die unteren 40 Prozent der Bevölkerung in den letzten 30 Jahren von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wurden und deren Einkommenssituation dringend in den Fokus der Politik gehört. Das ist in Österreich jedoch weiterhin nicht der Fall: Die unteren 40 Prozent bekommen auch vom neuen Familienbonus nur die Brotkrumen ab und nach allem, was man derzeit von der Bundesregierung hört, wird das auch bei der für nächstes Jahr geplanten Steuerreform der Fall sein.

Diettrich: „Statt permanent über Flüchtlinge und SozialhilfebeziehrInnen zu lamentieren, sollte sich die Bundesregierung endlich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren. Das ist vor allem die Einkommenssituation der unteren 40 Prozent der Bevölkerung! Derzeit hat man den Eindruck, die Bundesregierung kümmert sich ausschließlich um die Maus und sieht den daneben stehenden Elefanten nicht." Die Mindestsicherung und die gesamte Flüchtlingshilfe haben zusammengerechnet zuletzt (2017) gerade mal 2,1% der österreichischen Sozialausgaben ausgemacht. Das ist weit entfernt von einer Gefahr für die Finanzierung des österreichischen Sozialsystems.

Bregenz, den 09.04.2019

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Diettrich (Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz)
c/o dowas, Sandgrubenweg 4, 6900 Bregenz, Tel 0650 92 36 922

Mindestsicherung: Wallner rät zur „Ruhe“

Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) kann die Aufregung rund um die neue Mindestsicherung nicht verstehen. Wallner riet zur „Ruhe“: Es bleibe noch genügend Zeit, sich mit dem Gesetz auseinanderzusetzen.

Wallner unterstrich gleichzeitig, dass das Mindestsicherungsgesetz in seinen Augen „in die richtige Richtung“ weise. Im Kern gehe es darum, dass ein durch die Mindestsicherung erzieltes Familieneinkommen „im Verhältnis“ zu einem Arbeitskommen stehen müsse. Von daher seien die beabsichtigten Kürzungen bei kinderreichen Familien „ein Vorgang, den man befürworten muss“, so Wallner. Er verwies auch darauf, dass die wesentlichen Wünsche Vorarlbergs - etwa die Möglichkeit eines Zuschusses bei den Wohnkosten - im Gesetz berücksichtigt worden seien.

Scharfe Kritik kommt von den Wiesflecker (Grüne)

Die Vorarlberger Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) hatte am Montag nach dem Treffen mit der zuständigen Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) das Vorgehen der Bundesregierung scharf kritisiert und betont, dass es mehr Spielraum in der Länderkompetenz brauche. In einem ORF-Interview ging sie davon aus, dass Wien oder der Bundesrat sich „wegen Kompetenzüberschreitungen des Bundes“ an den Verfassungsgerichtshof wenden könnten - mehr dazu n - mehr dazu in **Verhärtete Fronten bei der Mindestsicherung** <https://orf.at/stories/3118046/> .

Vorarlberg wird nicht VfGH anrufen

Wallner stellte am Dienstag klar, dass das Land Vorarlberg in Sachen Mindestsicherung nicht vor den Verfassungsgerichtshof (VfGH) ziehen wird. Er gehe davon aus, dass das vom Bund erarbeitete Gesetz verfassungskonform sein werde, betonte Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) am Dienstag vor Journalisten.

Reaktionen zur neuen Mindestsicherung

Für FPÖ-Landesobmann Christof Bitschi bringt die neue Mindestsicherung mehr Gerechtigkeit, weil dadurch die Zuwanderung in unser Sozialsystem reduziert werde. ÖGB-Chef Norbert Loacker befürchtet hingegen, dass durch die Reform vor allem Senioren, Geringverdienerinnen und tausende Kinder in die Armut gedrängt werden. Michael Diettrich von der Armutskonferenz kritisiert, dass das Gesetz so dilettantisch gemacht sei, dass selbst Beamte in der Sozialverwaltung Schwierigkeiten hätten, es zu verstehen.

Publiziert am 09.04.2019

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

FAQ AGB Kontakt Facebook Datenschutz Teilnahmebedingungen

Startseite Gewinnspiele Flora Karriere Kontakt

Aboshop e-Paper

Abmelden

Bregenz/Wien

Armutskonferenz: Scharfe Kritik an Sozialministerin

Michael Diettrich fordert Ende der Debatte um Mindestsicherung als Gefahr für das Sozialsystem.

Michael Diettrich hat die Debatte um die Mindestsicherung satt. Archiv

Deutliche Worte findet Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, für das neue Sozialhilfegesetz der Bundesregierung. Dieses sei so dilettantisch gemacht, dass selbst Beamte in der Sozialverwaltung Schwierigkeiten hätten, es zu verstehen, teilt er in einer Aussendung mit. Zudem könne man das Gesetz „den Hasen geben“, wenn dieses selbst bei den für die Ausführung verantwortlichen Landesräten zu Fehlinterpretationen führe. Von solchen hatte Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) am Montag nach einem Gespräch mit den Ländervertretern gesprochen.

Diettrichs Kritik geht aber noch weiter. Ihm ist auch „das dumme Geschwätz über Mindestsicherungsbezieher, die zu viel Geld bekommen“ ein Dorn im Auge. Die Mindestsicherungssätze in ganz Österreich seien bereits jetzt unter der Armutsgefährdungsschwelle – egal wie viele Kinder eine Familie habe. Und durch die neue Regelung

werde sich dies nun verschlimmern. „Es ist richtig, dass auch manch Erwerbstätiger nicht viel mehr verdient. Aber das ist der eigentliche Skandal, den man nicht dadurch beseitigt, dass man die Sozialhilfe kürzt“, meint der Sprecher der Armutskonferenz.

Er weist auch darauf hin, dass Mindestsicherung und Flüchtlingshilfe im Jahr 2017 lediglich für 2,1 Prozent der gesamten Sozialausgaben in Österreich verantwortlich waren. Daher seien diese auch keine Gefahr für die Finanzierung des Sozialsystems. Statt sich auf die Frage der Mindestsicherung zu konzentrieren, solle die Regierung lieber die Einkommenssituation der unteren 40 Prozent der Bevölkerung verbessern.

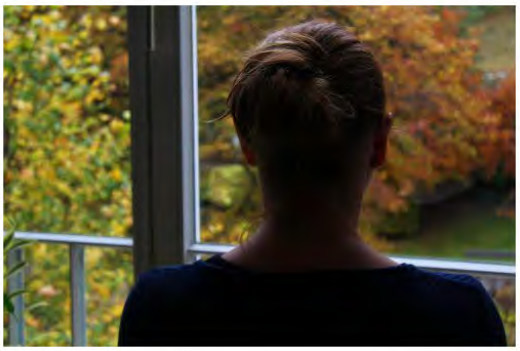
Ruhe bewahren. Anders sieht Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) die Mindestsicherungspläne des Bundes. Er rät, Ruhe zu bewahren. Es gebe noch genug Zeit, um sich mit dem Gesetz auseinanderzusetzen, bevor dieses beschlossen wird. Positiv hebt er hervor, dass die wesentlichen Wünsche aus Vorarlberg berücksichtigt worden seien. Außerdem geht er davon aus, dass das Gesetz verfassungskonform sein wird. Daran hatte zuvor Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) ihre Zweifel geäußert.

Mittwoch
10. April 2019

„Der Kühlschrank war leer"

Von Michael Prock

Verleitet die Sozialhilfe dazu, nicht zu arbeiten? Eine Mutter von zwei Kindern erzählt.



Ende des Monats wurde es für Laura R. immer schwierig. VOL.AT/RAUCH

SCHWARZACH Die Politik steht vor dem Problem, allgemeingültige Gesetze für Einzelfälle zu finden. Derzeit wird zum Beispiel intensiv über die Mindestsicherung debattiert. Die Bundesregierung möchte sie wieder in Sozialhilfe umbenennen, manches wird gekürzt und manches erhöht. Kritiker und Befürworter werfen sich Zahlen an den Kopf. Große Familien würden derzeit mehr Geld bekommen als Facharbeiter, argumentieren die Einen. Ab dem dritten Kind gäb's nur noch 43 Euro pro Kind, das sei zu wenig, monieren die Anderen. Die Auswirkungen lassen sich aber schwer verallgemeinern. Jeder Fall ist anders.

„Mitte Monat waren noch 100 Euro auf dem Konto. Die letzte Woche war ganz schlimm."

Zum Beispiel jener von Frau J. Sie lebt im Unterland, drei Kinder (10, 5, 2), 15 Jahre lang verheiratet, nach der Scheidung auf Mindestsicherung angewiesen. Oder Frau I.: alleinerziehend, zweijähriges Kind, nach der Trennung ein halbes Jahr in der Mindestsicherung. Kürzlich hat sie wieder eine Arbeit gefunden. Oder der Fall von Laura R. (Name von der Redaktion geändert). Sie ist 22 Jahre alt, stammt aus dem Unterland, hat zwei Kinder (sechs und zwei Jahre alt) und war lange auf die Unterstützung der Mindestsicherung angewiesen. Kürzlich schaffte sie den Sprung aus der Sozialhilfespirale. „Ich

kann mir endlich einmal einen Friseur leisten", erzählt sie. Es war ein langer Kampf.

Geld ausleihen

Die Mindestsicherung sei ein stetiger Begleiter gewesen, sagt Laura R. Ihr Freund arbeitet mal mehr, mal weniger, manchmal erhält er Zulagen, dann wieder gar nichts. „Es war mühselig", sagt sie. Jedes Mal neue Zettel ausfüllen, alle drei Monate Kontoauszüge holen, sich finanziell offenbaren, „es ist ein komisches Gefühl, man gibt das komplette Privatleben preis und muss sich rechtfertigen." Abwarten, aufs Konto blicken. „Plötzlich war der Kühlschrank leer", fährt Laura R. fort. Kein Essen für sich, Freund und Kinder. „Ich musste bei meiner Mutter nach Geld fragen."

Die 22-Jährige zieht einen Berechnungsbogen aus der Tasche. 482,1 Euro pro Erwachsener, 187,32 pro Kind. 800 Euro kalt für die Wohnung, der Wohnkostendeckel liegt bei 712 Euro. In diesem Monat ist der Vater auf Arbeitslosengeld angewiesen: 625 Euro. Dazu kommt der Familienzuschuss von 240 Euro. Beides wird gegengerechnet, am Ende erhält die Familie 600 Euro Mindestsicherung. Die Familienbeihilfe von je 122 Euro ist darin nicht berücksichtigt. In der Verwaltung nennt man Familie R. „Aufstocker". Laura R. berichtet: „Mitte Monat waren oft noch 100 Euro auf dem Konto. Die letzte Woche war immer ganz schlimm." Die Politik diskutiert hingegen: Wie viel Geld braucht ein Mensch zum Leben? Wie wenig muss es sein, damit Sozialhilfeempfänger arbeiten?

FPÖ-Landesparteivorsitzender Christof Bitschi argumentiert: „Es ist entscheidend, dass jemand, der arbeiten geht, mehr bekommt, als jemand der nicht arbeiten geht." Michael Diettrich von Dowas kontert: „Es ist richtig, dass auch manch Erwerbstätiger nicht viel mehr verdient. Aber das ist der eigentliche Skandal, den man nicht dadurch beseitigt, dass man die Sozialhilfe kürzt." Und Vorarlbergs Gewerkschaftschef Norbert Loacker poltert: „Es kann nicht sein, dass eine Familie für das dritte Kind nurmehr 1,43 Euro pro Tag bekommt." Die Landesregierung erklärt, die neue Sozialhilfe nicht vor dem Verfassungsgericht zu bekämpfen. Für Landeshauptmann Markus Wallner geht sie in die richtige Richtung. SPÖ-

Klubobmann Michael Ritsch möchte im nächsten Sozialausschuss darüber diskutieren.

Laura R. hat gelernt, sparsam zu leben. Sie plant akribisch, ein Wocheneinkauf für die Familie kostet 50 Euro. Kinderkleidung kommt vom Flohmarkt, Laura R. kann sich selbst kaum etwas leisten. Sozialhilfe braucht sie nun nicht mehr: Ihr Freund hat eine Lehre angefangen, sie geht putzen. Die Sparsamkeit hat sie sich beibehalten. Aber: „Es ist schon fein, wenn man eigenes Geld hat."